



| Vorstand

# **Bewertung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD**

## Ausgangslage

- 1. Arbeitsmarkt**
- 2. Rente**
- 3. Mitbestimmung**
- 4. Vereinbarkeit**
- 5. Bildung und Ausbildung**
- 6. Gleichstellung**
- 7. Industriepolitik**
- 8. Energie**
- 9. Europa**

## Fazit



- ➔ Im Vorfeld der Bundestagswahl hat die IG Metall die Politisierung der öffentlichen Debatte dazu genutzt, ihre Vorstellung von einem Politikwechsel sichtbar zu machen und die Parteien mit Vorschlägen für eine sozial gerechte Politik zu konfrontieren.
- ➔ Der IG Metall ist es gelungen viele ihrer Forderungen und Positionen in den Programmen der Parteien zu verankern.
- ➔ Grundlage für unsere Vorschläge waren die Themen unserer Kampagnen: Arbeit. Sicher und fair, Gute Arbeit – gut in Rente, Gemeinsam für ein gutes Leben, Gleiche Arbeit – gleiches Geld.
- ➔ Der Koalitionsvertrag beinhaltet in diesen Kernfeldern insgesamt viele positive Ansatzpunkte, die aber dringend im Gesetzgebungsverfahren begleitet werden müssen und im Einzelfall der fachlichen Ergänzung bedürfen.



- ➔ Es gibt aber auch Aspekte, die deutlich hinter unseren Erwartungen zurück bleiben. Das sind die Themen, die in den nächsten vier Jahren offensiv gewerkschaftspolitisch thematisiert werden müssen.
- ➔ **Wichtig ist:** Der Koalitionsvertrag ist eine politische Absichtserklärung, die politische Vorhaben für die kommende Legislaturperiode beinhaltet.
- ➔ Entscheidend ist aber die gesetzgeberische Umsetzung in den kommenden vier Jahren.
- ➔ Die IG Metall wird deshalb nicht nachlassen und sich weiter für ihre politischen Forderungen und Ziele einsetzen.

# 1. Arbeitsmarkt



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>• Flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 8,50 €</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Wichtiger Schritt gegen den wachsenden Niedriglohnsektor und den Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen.</li><li>• 5,7 Millionen Beschäftigte, die heute unter 8,50 € die Stunde verdienen werden sukzessive bessergestellt.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Strengere Regulierung von Leiharbeit</li><li>• Equal Pay nach neun Monaten</li><li>• Höchstüberlassungsdauer von max. 18 Monaten</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Echte Verbesserung für Leiharbeiternehmer.</li><li>• Markiert eine erste Abkehr von der jahrelangen Deregulierung des Arbeitsmarktes.</li><li>• Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Leiharbeit und Stammbeschaftung spätestens nach 9 Monaten. Leiharbeit darf keine Dauerlösung sein.</li><li>• Tarifvertragliche Höchstüberlassungsdauer von 24 Monaten wird um 6 Monaten unterschritten.</li></ul>

# 1. Arbeitsmarkt



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>• Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Stabilisiert das Tarifvertragssystem und stärkt die Tarifautonomie. Damit werden künftig mehr Beschäftigte von tariflichen Vereinbarungen profitieren als bisher.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Öffnung des Geltungsbereiches des Arbeitnehmerentsendegesetzes</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Stärkt die Tarifautonomie, verbessert die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Branche und führt für Beschäftigte in Deutschland, deren Arbeitgeber im Ausland ansässig sind, zur Zahlung gleicher Mindestentgelte.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Entgeltgleichheitsgesetz</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Bringt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ für Frauen und Männer besser zur Geltung.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Minijobs</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Union/SPD halten am Sonderstatus der Minijobs fest und planen lediglich die Übergänge aus Minijobs in ‚normale‘ Beschäftigung zu erleichtern sowie Minijobber besser über ihre Rechte zu informieren.</li></ul>

# 1. Arbeitsmarkt



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>• Mehr Informationsrechte für Betriebsräte zur Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Tendenziell sinnvoll, geht aber nicht weit genug. Betriebsräte sollen lediglich Informations- und Unterrichtsrechte und kein Mitbestimmungsrecht erhalten. Es bedarf wirklicher Mitbestimmung über Zustimmungsverweigerungsrechte beim Einsatz von Fremdfirmen, einem Verbandsklagerecht, der Beweislastumkehr und einer Generalunternehmenshaftung.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Keine Anti-Stress-Verordnung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Vereinbarung bleibt hinter der Forderung einer Anti-Stress-Verordnung zurück. Es soll lediglich eine fundierte Übersicht über psychische Belastungsfaktoren in der Arbeitswelt geben, die Handlungsoptionen für notwendige Regelungen aufzeigt. Wichtig wäre eine eigenständige Verordnung, die alle Rechtsvorschriften zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit integriert.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Keine Abschaffung sachgrundloser Befristungen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages.</li></ul>

# 2. Rente



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>45/63-Regelung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit!). Verbessert den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente, vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Solidarische Lebensleistungsrente</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Wer immer gearbeitet hat, soll mehr Rente als nur die Grundsicherung bekommen – auch, wenn der Lohn nur gering war und nur wenig in die Rentenkasse eingezahlt wurde.</li><li>Regelung wäre vor allem für Geringverdiener und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben, positiv.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Erwerbsminderungsrente</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Die Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten sollen spürbar verbessert werden.</li><li>Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente soll um zwei Jahre angehoben (von 60 auf 62) werden. Für die letzten vier Jahre vor der Erwerbsminderungsrente erfolgt eine Günstigerprüfung.</li><li>Erwerbsminderungsrentner werden künftig so behandelt, als hätten sie bis zum vollendeten 62. Lebensjahr gearbeitet.</li><li>Das heißt, Erwerbsminderungsrentner werden künftig so behandelt, als hätten sie bis zum vollendeten 62. Lebensjahr gearbeitet.</li></ul>

# 2. Rente



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>Mütterrente</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Sinnvolle, aber nicht aus Beitragsmitteln zu finanzierende Leistung, die in ihrer jetzigen Ausgestaltung dazu führt, dass andere Leistungen nicht im gebotenen finanziellen Umfang ausgestattet werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Rente mit 67</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Rente mit 67 bleibt bestehen. Im Koalitionsvertrag geht es lediglich um die „Gestaltung“, länger arbeiten zu können. Forderung der IG Metall nach einer Abschaffung der Rente mit 67 wird nicht erfüllt.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Altersgerechte Arbeitsplätze</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Die Frage, wie die Quote der älteren Beschäftigten durch mehr altersgerechten Arbeitsplätzen erhöht werden soll, bleibt unbeantwortet.</li></ul>

# 3. Mitbestimmung



| Vorstand

- ➔ In der Koalitionsvereinbarung finden sich keine Vorschläge zum Ausbau der Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen.
- ➔ Das Thema wird als politisches Zukunftsfeld nicht ausreichend ernst genommen.

# 4. Vereinbarkeit



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>• Anspruch auf befristete Teilzeit/Rückkehrrecht auf die frühere Arbeitszeit</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Stärkt die Zeitsouveränität der Beschäftigten</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• „ElterngeldPlus“</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Verbessert die Möglichkeit Elterngeld in Kombination mit einer Teilzeitbeschäftigung erhalten zu können.</li><li>• Wirkt sich insbesondere bei den Elternzeit-Teilzeitbeschäftigten positiv aus, weil dann die bisherige Anrechnung der Einkünfte aus Teilzeitarbeit auf das Elterngeld entfallen würde.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Flexiblere Elternzeit</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Eltern können zukünftig 24 der 36 Monate Elternzeit auch zwischen dem 3. und 8. Lebensjahr des Kindes ohne Zustimmung des Arbeitgebers nach angemessener vorheriger Anmeldung in Anspruch nehmen. Das ermöglicht den Eltern auf besondere Herausforderungen, wie z.B. der Einschulung des Kindes zu reagieren.</li></ul>

# 5. Bildung und Ausbildung



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>Mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Durch mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung kann in unserer Gesellschaft mehr Teilhabe, Integration und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Ausbau der Berufseinstiegsbegleitung und -orientierung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Leistet einen Beitrag, um die großen Probleme beim Übergang von der Schule in die Ausbildung zu mindern.</li><li>Der Ausbau der assistierten Ausbildung kann betriebliche Ausbildung stützen und helfen, Warteschleifen überflüssig zu machen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Kooperationsverbot</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Hat zur Folge, dass die Rolle des Bundes in der Schul- und Hochschulpolitik weiterhin schwach bleibt. Die Länder werden weiterhin ihre Wege gehen. Von einem nationalen Bildungsraum und damit von vergleichbaren Bildungswegen in der allgemeinen Bildung entfernen wir uns immer mehr.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Allianz für Aus- und Weiterbildung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Es ist nicht ausreichend die Ausbildungsgarantie allein in die Verantwortung der Allianz zu stellen. Wünschenswert wäre eine rechtlich verankerte Garantie. Die Koalitionsvereinbarung ist an dieser Stelle zu unverbindlich, insbesondere was die Breite der Aufgabenstellung angeht.</li></ul>

# 5. Bildung und Ausbildung



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>Keine Bafög-Reform</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Studierende, die auf Bafög angewiesen sind, gehen leer aus. Keine Anhebung von Fördersätzen und Freibeträgen.</li><li>Keine Förderung von berufsbegleitend Studierenden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>Allgemeine Bildung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>Bezogen auf die allgemeine Bildung sind die Formulierungen sehr ernüchternd. Wichtige Maßnahmen wie ein Gesamtschulprogramm, mehr öffentliche Bildungsfinanzierung, Anhebung der Grundfinanzierung für die Hochschulen, Gestaltung des europäischen Bildungsraums, fehlen.</li><li>Alles in allem ein bescheidenes Programm. Stillstand in wichtigen Fragen ist zu befürchten.</li></ul>

# 6. Gleichstellung



| Vorstand

Maßnahme/Thema	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"><li>• Entgeltgleichheitsgesetz</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Wichtiger Schritt zum Abbau der Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern.</li><li>• Mehr Transparenz durch eine Verpflichtung für Unternehmen ab 500 Beschäftigte, im Lagebericht nach dem HGB auch zur Frauenförderung und Entgeltgleichheit Stellung zu nehmen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Geschlechterquote in Vorständen und Aufsichtsräten</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gesetzliche Einführung von Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen.</li><li>• Im Gesetzgebungsverfahren ist darauf zu achten, dass die Quote gleichmäßig durch Vertreterinnen der Anteilseigner und Arbeitnehmervertreterinnen zu realisieren ist.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Abschaffung der Optionspflicht</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Für in Deutschland geborene und auf gewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt der Optionszwang. Sie müssen sich nicht mehr zwischen zwei Staatsbürgerschaften entscheiden, sondern können die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten.</li><li>• Positive Botschaft an junge Migranten: „Ihr gehört dazu“.</li></ul>

# 7. Industriepolitik



| Vorstand

- ➔ Der Koalitionsvertrag hat einen Schwerpunkt bei der Industrie gesetzt. Die Industrie wird als wichtigster Faktor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beschrieben.
- ➔ Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen soll durch gute und produktive Arbeit sowie durch Investitionen und Innovationen verbessert werden.
- ➔ Die neue Bundesregierung will sich mit Partnern aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft und Bildung zu wichtigen Innovationsbündnissen zusammenschließen.
- ➔ Als industriepolitische Ziele werden explizit genannt:
  - Bildung von Innovationsclustern und Innovationsnetzwerken (NPE als Beispiel) soll auf alle Leitmärkte ausgeweitet werden. Genannt werden: Maschinenbau, Neue Werkstoffe, Mobilität, IKT, Energie, Medien und Gesundheit. Diese Konzentration auf die wichtigsten Leitmärkte ist ein richtiger Schritt. Ein wichtiges Signal ist die ausdrückliche Einbeziehung der Gewerkschaften.
  - Von besonderer Bedeutung werden die Querschnittsbereiche Industrie 4.0, Elektromobilität und Leichtbau hervorgehoben. Ein KfW-Programm für die Anschaffung von Elektroautos soll aufgelegt werden.
  - Der Koalitionsvertrag bekennt sich zu den Schlüsselindustrien. Genannt werden IT, Mikroelektronik, Luft- und Raumfahrt, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und die Maritime Wirtschaft.

# 8. Energie



| Vorstand

- ➔ Die Energiewende soll konsequent weitergeführt werden. Die vereinbarten Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 und 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035 setzen auf die Erneuerbaren Energien als Leittechnologie einer zukünftigen Stromversorgung.
- ➔ Das EEG soll reformiert werden. Verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung sollen geschaffen werden.
- ➔ Neues Strommarktdesign. Zunächst über eine Weiterentwicklung der Netzreserve und mittelfristig durch Kapazitätsmärkte.
- ➔ Fortschreibung der Zieltrias (Reduzierung CO<sub>2</sub>/Ausbau EE/Energieeffizienz). Das EEG soll europarechtskonform weiterentwickelt werden. Das sind wichtige Eckpunkte für die bereits begonnene Debatte über den zukünftigen energie- und klimapolitischen Regulierungsrahmen in Europa.
- ➔ Bildung eines „Forum Energiewende“ für einen Dialog mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft zur Beratung von Bundesregierung und Parlament. Das schafft Transparenz und ermöglicht einen breiten gesellschaftlichen Dialog.

# 8. Energie



| Vorstand

- ➔ Energieeffizienz bleibt eine der wichtigsten Bestandteile der Energiewende. 2014 soll ein Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz ausgearbeitet werden. Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, für Energieberatung und Investitionen in energiesparende Haushaltsgeräte werden weiter aus dem Klima- und Energiefonds finanziert.
- ➔ Die Koalition will die stromintensive Industrie in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit stützen. Dazu soll die „Besondere Ausgleichsregel“ im EEG europarechtlich abgesichert werden. Wie allerdings eine faire Lastenteilung und eine stärkere Begrenzung der Ausnahmen aussehen soll bleibt offen, es werden lediglich Prüfaufträge vergeben.
- ➔ Der Koalitionsvertrag enthält keine Aussagen dazu, wie eine stärkere industriepolitische Ausgestaltung der Energiewende aussehen könnte. Chancen für eine zukünftige Marktentwicklung, Investitionssicherheit und Beschäftigung werden nicht weiter thematisiert.

# 9. Europa



| Vorstand

- ➔ Die Koalitionspartner bekennen sich zur europapolitischen Verantwortung Deutschlands. Die Rolle des europäischen Parlamentes soll gestärkt werden.
- ➔ Die Bedeutung des Ausbaus grenzüberschreitender Infrastrukturen sowie der Verhinderung von Steuerdumping, Steueroasen und eine Steuerharmonisierung werden stark betont.

## Zu kritisieren ist:

- ➔ Die bisherige Politik zur Krisenbewältigung wird als erfolgreich angesehen und soll fortgesetzt werden.
- ➔ Dominanz angebotsseitiger Maßnahmen (Strukturmaßnahmen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes).
- ➔ Das Festhalten an der strengen Konditionierung (Kredite nur bei gleichzeitigen Kürzungen in öffentlichen Haushalten) konterkariert mögliche Wachstumseffekte.
- ➔ Mittel, die für Wachstumsimpulse eingesetzt werden sollen, setzen an der falschen Seite an und sind gemessen am BIP der EU zu gering, um Wirkung zu zeigen.

- ➔ Die Koalitionsvereinbarung beinhaltet viele gute Ansatzpunkte.
- ➔ Wichtige Fortschritte sind insbesondere bei der Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Rentenpolitik zu erkennen.
- ➔ **Aber:** Nicht alles, was in einem Koalitionsvertrag steht, wird am Ende auch politisch umgesetzt.
- ➔ Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens ist dringend notwendig.
- ➔ Die Punkte in denen der Koalitionsvertrag deutlich hinter den Erwartungen der IG Metall zurückbleibt, werden in den nächsten vier Jahren offensiv gewerkschaftspolitisch thematisiert.